

# Linksblick

DIE LINKE ZEITUNG VOM KREISVERBAND FÜR TELTOW-FLÄMING

www.dielinke-teltow-flaeming.de

23. Jahrgang · 254. Ausgabe · Oktober/November 2018

Danke an  
die Feuerwehr! Seite 6

Aktuelle Berichte zur Arbeit  
der Kreistagsfraktion lesen  
Sie in der

Beilage »Einblicke«

## LINKE startet in die Erstellung des Wahlprogrammes zur Kommunalwahl 2019



Landrätin Kornelia Wehlan meldete sich in der Diskussion zu Wort. (Foto: F. Thier)

Zur Gesamtmitgliederversammlung lud unser Kreisverband am 1. September, dem Weltfriedenstag, nach Luckenwalde in das Kreishaus ein. Debattieren wollten wir über den Entwurf des Kreiswahlprogrammes zur Kommunalwahl 2019 und ferner die Vertreterinnen und Vertreter unseres Kreisverbandes zur Listenaufstellung der LINKEN für die Wahl zum Europäischen Parlament und für die Landesliste zur Landtagswahl 2019 wählen.

Da Anja Mayer als unsere Landesvorsitzende aus gesundheitlichen Gründen leider nicht bei uns sein konnte, wurde durch Felix Thier ein Grußwort von ihr verlesen. Darin betont sie in Bezug auf die aktuellen Ereignisse im Medikamentenskandal und nach dem Rücktritt von Ministerin Diana Golze: »Der Landesvorstand ist nach offener und nachdenklicher Aussprache zur gemeinsamen Überzeugung gelangt, dass wir die anstehenden Aufgaben weiter in dem vom Landesparteitag gewählten Team angehen werden. Dazu werden beide Vorsitzende gebraucht. Der Landesvorstand hat ihnen dafür das Vertrauen ausgesprochen und sieht das als gemeinsame Verantwortung.« Die-

se Aussage sorgte für Applaus auf unserer Versammlung.

Anja Mayer äußerte sich ebenso zur rot-roten Koalition: »Die Kritik am bisherigen Handeln unserer Partei, die sich nunmehr seit neun Jahren in Regierungsverantwortung befindet, blendet zu oft aus, dass sich unsere Landtagsfraktion und unsere Regierungsmitglieder im ständigen Ringen mit dem Koalitionspartner befinden. Und das was gerade in dieser 2. Legislatur Rot-Rot der SPD abgerungen wurde, kann sich – wie ich finde – durchaus sehen lassen.« Weiterhin ging sie auf die mit der Kommunalwahl 2019 gleichzeitig stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament ein und betonte unter anderem, dass die Europäische Union eine Friedens- und eine soziale Union werden müsse und man soziale Mindeststandards innerhalb der EU brauche.

»Am heutigen europaweiten Antikriegs- und Weltfriedenstag gedenken wir der Millionen Opfer jenes Krieges und den Opfern aller nachfolgenden Kriege und militärischen Auseinandersetzungen.«, so das Grußwort. Dabei wurde gerade die deutsche Verantwortung für den Frieden besonders betont.

Felix Thier stellte als Kreisvorsitzender in seiner Rede den Entwurf unseres Wahlprogramms vor. In den letzten Wochen habe der Kreisvorstand und die Arbeitsgruppe Kommunalwahlprogramm den jetzt vorliegenden Entwurf verfasst, der keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder gar Abgeschlossenheit erhebe. Man wolle gemeinsam ab jetzt das Papier qualifizieren und verbessern um es final dann auf der Gesamtmitgliederversammlung im Dezember zu beschließen. In den Wochen und Monaten bis dahin möchte man den Programmentwurf nicht nur in den eigenen Parteistrukturen diskutieren, sondern auch in die Öffentlichkeit bringen. Die potentiellen Kandidatinnen und Kandidaten darauf aufmerksam und damit vertraut machen, was man als LINKE in Teltow-Fläming für die kommenden Jahre im Landkreis vorhabe.

In der Diskussion, zu der sich auch Landrätin Kornelia Wehlan zu Wort meldete, wurde von den Rednerinnen und Rednern betont, dass die im Programm getroffenen Aussagen gut, aber auch stellenweise ambitioniert seien. Als Anspruch wurde des Weiteren formuliert, dass das Programm leicht verständlich und eine einfache, nachvollziehbare Sprache nutzen sollte. Vermisst wurden im Programm Aussagen zur Zuwanderung und Integration. Ebenso sollte der Beginn der Schulzeiten in Verbindung mit dem frühen Aufstehen für weiter entfernt wohnende Kinder thematisiert werden. Die Anregungen und Veränderungswünsche werden nun vom Kreisvorstand berücksichtigt und eingearbeitet. Ziel ist es, das Programm dann im Dezember auf der nächsten Gesamtmitgliederversammlung zu beschließen.

Felix Thier, Kreisvorsitzender



### Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossin, lieber Genosse,

die Urlaubszeit – zumindest die sommerliche – ist vorbei. Auch ich habe es mir ein paar Tage gut gehen lassen und habe die griechische Insel Kreta besucht. Von meinen Urlaubserlebnissen berichte ich nun nicht, keine Angst. Vielmehr möchte ich aber auf ein bemerkenswertes Interview hinweisen, welches ich mit meiner kretischen Hotelchefin spontan geführt habe. Das Zwischenmenschliche stimmte nämlich bei uns beiden sofort und mit Blick auf die vor einigen Wochen in unserer deutschen Presse zu entnehmenden Schlagzeilen à la »Rettungspakete für Griechenland nach erfolgreicher Wirkung eingestellt« wollte ich doch einmal nachhaken, wie die letzten Jahre für die Vor-Ort-Betroffenen waren und verliefen. Eines gleich vorab: Sie werden Bewegendes lesen! Zu finden ist das Ganze in unserer Kreistagsfraktionszeitung Einblicke. Ich wünsche eine informative Lektüre.

FELIX THIER  
Kreisvorsitzender

**DIE LINKE.**

Kreisverband Teltow-Fläming

## VON ANKE DOMSCHEIT-BERG Gewalt gegen Frauen

Wenn wir von Gewalt gegen Frauen reden, ist oft die Rede von Mord oder körperlichen Verletzungen, häufig in Verbindung mit häuslicher Gewalt. Allein 2017 wurden 221 Frauen von ihrem Partner oder einem Familienmitglied getötet, 63 Prozent aller getöteten Frauen. Fast 220.000 Frauen wurden 2017 verletzt, mehr als 100.000 Frauen vom Partner oder einem Familienmitglied.

Häufig haben diese extremen Formen der Gewalt eine Vorgeschichte, beginnen mit verbaler oder psychischer Gewalt, mit Einschüchterungen, Drohungen oder Stalking. Die fortschreitende Digitalisierung unseres Alltags hat dazu geführt, dass auch Gewalt gegen Frauen häufig im digitalen Raum stattfindet. Der Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe/Frauen gegen Gewalt e.V. (bff) hat beispielsweise 2017 in einer Umfrage herausgefunden, dass Beratungsanfragen zum Thema »Digitale Gewalt« zugenommen haben.



**BUNDESTAG UND KOMMUNE**

Anke Domscheit-Berg in einem Ausschusssitzungssaal des Bundestages

Vor allem beim Stalking, dem Verfolgen und Belästigen einer Person, greifen Täter mittlerweile fast immer auf digitale Hilfsmittel zurück. Auch die digitale Gewalt gegen Frauen findet häufig im sozialen Umfeld statt. Sie hat viele Ausprägungen, angefangen vom Identitätsdiebstahl, bei dem beispielsweise gefälschte Profile auf Porno- oder Dating-Plattformen veröffentlicht werden, über Drohungen und Beleidigungen per E-Mail oder in sozialen Netzen (»Hate Speech«), bis hin zum Eindringen in die Privatsphäre des eigenen Smartphones.

Dabei werden z. B. so genannte Spionage-Apps installiert, mit denen sich die Handys der Opfer ausspionieren lassen oder E-Mails und Social-Media-Aktivitäten mitgelesen werden können. Selbst das Abhören von Gesprächen oder das heimliche Beobachten mithilfe von Kameras, die in der Wohnung ihrer Opfer installiert wurden, werden als digitale Gewalt beobachtet.

Obwohl es an Relevanz zunimmt, ist das Thema »Digitale Gewalt« leider viel zu wenig erforscht, die Datenlage ist dünn. Bei Polizei als auch in der Justiz fehlen erforderliche

Spezialkenntnisse. Beratungsstellen sind ungenügend ausgestattet. Mit anderen Abgeordneten der Linksfraktion im Bundestag habe ich das Positionspapier »Cybersicherheit – Ein Beitrag für einen sicheren digitalen Raum« erarbeitet. Wir haben darin nicht wie üblich nur klassische IT-Sicherheitsprobleme von Computerviren bis zum Hacken von Sicherheitslücken erfasst, sondern auch digitale Gewalt darin berücksichtigt und eine ganze Reihe von Forderungen entwickelt, die diese Missstände adressieren.

Gewalt gegen Frauen ist ein Massenproblem, das endlich umfassender bekämpft werden muss.

### Kontakt:

Anke Domscheit-Berg, MdB  
Fraktion DIE LINKE.  
im Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030/227 731 07  
Telefax: 030/227 761 07  
E-Mail: anke.domscheit-  
berg@bundestag.de

## VON NORBERT MÜLLER #hambibleibt: mehr als ein Symbol

Seit Wochen sorgt die Räumung des Hambacher Forstes für Aufsehen. Die Polizei ist mit einem Großaufgebot vor Ort und Tausende protestieren Woche für Woche vor dem Waldstück in der Nähe Kölns. Worum geht es?

Der Hambacher Forst, oder besser gesagt das, was von ihm noch übrig geblieben ist, liegt am Rande des Tagebaus Hambach in Nordrhein-Westfalen. Er beherbergt Jahrhunderte alte Buchen und Eichen sowie seltene Tier- und Pflanzenarten.

Der Energieversorger RWE, der den Tagebau Hambach betreibt, will mehr als die Hälfte des übrig gebliebenen Waldes fällen, um weiter Kohle baggern zu können. Um das zu verhindern, sind Teile des Waldes seit Jahren von Klima-Aktivist\_innen besetzt. Gleichzeitig klagt ein Umweltverband gegen die Rodung und Abbaggerung.

RWE will nun, bevor ein Gericht die Rodungen gerichtlich stoppen kann, Nägel mit Köpfen machen und lässt

den Wald räumen. Ziel ist es, mit dem Beginn der Rodungssaison am 1. Oktober mit dem Abholzen des Waldes zu beginnen. Dass es dabei um mehr geht, als um den Hambacher Forst, macht ein Blick nach Berlin deutlich. Hier verhandelt die von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission über einen festen Termin zum bundesweiten Ausstieg aus der Braunkohle.

Ronald Pofalla, einer der Vorsitzenden der Kommission, brachte jüngst 2035 oder 2038 als Ausstiegsjahr ins Gespräch. RWE plant aber längerfristig: mit der Rodung des Hambacher Forstes könnte noch bis Mitte des Jahrhunderts Braunkohle im Rheinland abgebaut werden. Fakt ist jedoch: Will die Bundesrepublik Deutschland bei ihren Klimazielen auch nur ein kleines bisschen vorankommen, ist der baldige Ausstieg aus der Kohle bitter nötig.

Zudem ist der Braunkohleabbau kaum noch wirtschaftlich. Ohne massive Subventionierungen dürften in der Lausitz, sowie im Rheinischen und im Mitteldeutschen Kohlerevier bald sowieso die Lichter ausgehen. Da hilft es auch nicht, wenn die Stromkonzerne und viele



**BUNDESTAG UND KOMMUNE**

Politiker\_innen – auch in Brandenburg – so tun, als ob ein Ende der Braunkohleverstromung gar nicht absehbar wäre.

Geradezu grotesk wirkt dann auch die Forderung, statt aus der klimaschädlichen Braunkohle auszusteigen, doch lieber einen Ausbaustopp für die zukunftssträchtige Windkraft zu erlassen. Sicherheit für die Regionen und die Beschäftigten kann es ebenfalls nur mit einem festen Ausstiegstermin geben und wenn endlich der notwendige Strukturwandel angegangen wird, statt das absehbare Ende der Kohle in Deutschland weiter zu leugnen. Auch

deswegen ist der Hambacher Forst und die Proteste für seinen Erhalt mehr als ein Symbol.

### Kontakt:

Norbert Müller, MdB  
Fraktion DIE LINKE.  
im Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 03385/49 45 21  
Telefax: 03385/49 45 22  
E-Mail: norbert.mueller@  
bundestag.de



**VON CARSTEN PREUSS****Liebe Leserin, lieber Leser,**

In der letzten Plenarsitzung wurde der Doppelhaushalt 2019/2020 in erster Lesung behandelt. Jetzt hat das parlamentarische Verfahren dazu begonnen.

Der Doppelhaushalt blickt dabei bewusst über diese Legislaturperiode hinaus. Damit wird sichergestellt, dass bereits von Anfang 2020 an ein Haushalt besteht. Andernfalls droht eine Situation, in der das Land nur absolut notwendige Ausgaben vornehmen darf und zahlreiche Investitionen nicht umgesetzt werden können. Für mich beginnt die Haushaltsdiskussion in einer besonderen Rolle. Derzeit leite ich kommissarisch den Haushalts- und Finanzausschuss.

Zu zwei Themen habe ich in der letzten Plenarsitzung gesprochen. Zum einen zu den Großschutzgebieten, zum anderen zum Wolf. Und auch bei meiner Rede zur Zukunft der Großschutzgebiete ging es um den Haushalt bzw. um die Personalbedarfsplanung. Brandenburgs Großschutzgebiete wurden noch vor einigen Jahren gern als Tafelsilber der Deutschen Einheit bezeichnet. Sie sind zum Motor der Regionalentwicklung geworden. Ihr Wert wird heute nicht mehr bezweifelt. Trotzdem müssen wir uns fragen: Sind wir noch gut aufgestellt für Gegenwart und Zukunft?

Der Personalbestand in den Großschutzgebietsverwaltungen ist seit 2005 um etwa 30% zurückgegangen. Im Koalitionsvertrag haben wir uns für deren Stärkung ausgesprochen. Mir ist es wichtig, dass beim Personal noch nachgesteuert wird. Mir ist bewusst, dass dies

**LANDTAG UND KOMMUNE**

schwierig wird. Aber es ist wichtig sich bewusst zu machen: Großschutzgebiete bewirken viel Gutes, und wir müssen unser Augenmerk darauf legen, dass sie das auch zukünftig tun können.

Verdorrte Landschaften – das ist das Bild, das sich in den letzten Wochen vielerorts in Brandenburg gezeigt hat. Für zahlreiche Landwirtschaftsbetriebe ist der dürrebedingte Ernteausfall existenzbedrohend. Auf der Grundlage eines Antrags der Koalitionsfraktionen hat der Landtag die Notwendigkeit eines Hilfspaketes bekräftigt. So gibt es neben weiteren Unterstützungsmaßnahmen einen Landeszuschuss von mindestens fünf Millionen Euro für Futterzukäufe und ein von Bund und Land gemeinsam finanziertes Hilfspaket in Höhe von insgesamt 46 Millionen Euro. Für die Zukunft ist es wichtig, dass sich die Landwirtschaft besser an den laufenden Klimawandel anpasst und sowohl gegen Dürre als auch gegen Starkregen widerstandsfähiger wird. Denn Landwirte sollen nicht bei jedem extremen Erntejahr in Existenznot geraten. Der ökologische Landbau

zeigt über viele Jahre, dass eine klima- und bodenschonende Landwirtschaft möglich ist. Betriebe mit vielfältigen Fruchtfolgen, Zwischenfruchtanbau, Heckenpflanzung und dem vorhandenem Grünland angepasste Tierbestände sind gegen Extremwetterereignisse besser gerüstet.

Auch Brandenburgs Wälder haben in diesem Jahr einen extremen Schaden erlitten. 430 Brände auf 700 Hektar Wirtschaftswald sind ein trauriger Rekord. Und die Schäden zeigen sich nicht nur in den Waldbränden. Dürreschäden werden erst später sichtbar. Deshalb ist ein Umbau des Waldes notwendig. Naturnahe Mischbestände sind stabiler und auf lange Sicht auch produktiver als naturferne Reinbestände, wie die Kiefernmonoforsten.

Apropos Wälder: Nicht nur im Landtag stand der Wolf auf der Tagesordnung. Auch die Gemeindevertreter von Nuthe-Urstromtal haben über den Wolf diskutiert. Eine – auch von der CDU unterstützte – Kampagne für kommunale Beschlüsse fordert allen Ernstes, Kommunen zu wolfsfreien Zonen zu erklären, weil sonst die unbeschwerter Nutzung der offenen Landschaft für Naherholung und Tourismus nicht mehr möglich sei. In meiner Rede im Landtag machte ich deutlich, dass aus meiner Sicht damit die Grenze der Seriosität ganz offensichtlich überschritten ist.

Der generelle Abschluss von Wölfen entschärft den Konflikt Weidetiere-Wolf nicht. Bewährt hat sich, die problematischen Tiere zu entnehmen und nicht ungezielt den Bestand zu regulieren, denn selbst bei einer begrenzten Anzahl von Wölfen kann ein Wolf in einer un-

geschützten Herde großen Schaden anrichten.

Auch das Thema wolfsfreie Zonen ist völlig unrealistisch, wenn man die Biologie der Tierart auch nur in Teilen berücksichtigt. Wie soll man ein Tier, welches pro Nacht bis zu 60 oder 70 km zurücklegen kann, nur in dafür vorgesehenen Zonen leben lassen? In Brandenburg hat sich schon viel getan. Wir haben – als erstes und bislang einziges Bundesland – eine Wolfsverordnung. Wir haben die Beratungsmöglichkeiten wesentlich qualifiziert. Die Präventionsförderung wurde auf Landesmittel umgestellt und dadurch vereinfacht. Die Anschaffung von Herdenschutzhunden wird gefördert. Und selbstverständlich werden auf Antrag alle Schäden bezahlt.

Die Evaluierung der Wolfsverordnung ist fest verabredet und wenn nötig wird nachgesteuert werden. Wir möchten und werden die Weidetierhalter unterstützen und sie in die Lage versetzen, mit der Herausforderung Wolf fertig zu werden. Herdenschutz wird also immer eine Rolle spielen, wenn man den Wolf nicht wieder ausrotten möchte. Deshalb ist eine Verbesserung des Herdenschutzes sinnvoller, als einen generellen Abschuss von Tieren zu fordern.

**Kontakt:**

**Carsten Preuß, MdL**  
Landtag Brandenburg  
Alter Markt 1, 14467 Potsdam  
Tel: 0331/966 15 26  
Fax: 0331/966 15 05  
E-Mail: carsten.preuss@  
linksfraction-brandenburg.de

**EUROPA UND KOMMUNE****VON MARTIN ZEILER**

Liebe Genossinnen und Genossen,

dieser Artikel soll den Auftakt zu einem dreiteiligen Erfahrungsbericht im Rahmen meines Praktikums (5.9.–7.12.) bei dem Abgeordneten des Europäischen Parlaments, Helmut Scholz, in Brüssel markieren. Nach Ablauf der ersten Woche will ich euch von meinen ersten Eindrücken zu der Arbeit hier berichten: Nach der Anmeldung und der Aushändigung meines Ausweises wurde ich sogleich ins kalte Wasser geschubst, wie es so schön heißt.

In einem der regelmäßig am Mitt-

woch stattfindenden Briefings mit allen Assistenten und Mitarbeitern wurde über die gegenwärtigen und bevorstehenden Angelegenheiten und Herausforderungen auf allen Ebenen gesprochen – Fraktion, Wahlkreis und Partei.

Anschließend gingen Helmut und ich zur der von Gabi Zimmer geleiteten Fraktionssitzung. Die dort besprochenen Themen hätten spannender nicht sein können: Eine Delegation der sogenannten „Joint List“ (Wahlbündnis der arabischen Opposition in Israel) sprach mit Abgeordneten der GUE/NGL (der Fraktion der Europäischen Linken und Nordischen Grünen, welcher Helmut und DIE LINKE angehört) über das neue israelische

Nationalitätsgesetz, welches (nicht nur in Israel) hart in der Kritik steht. Im Anschluss daran gab es eine Debatte über den aktuellen Stand der Brexit-Verhandlungen.

Ähnlich brisant ging es dann weiter: Am Donnerstag gab es eine Sitzung zur gegenwärtigen Situation in Libyen und der mutmaßlich dort praktizierten »modernen Sklaverei« mit Geflüchteten. Augenzeugen berichteten sogar unter anderem via Live-Schaltung von ihren Erfahrungen auf der Flucht nach Europa – eine sehr emotionale Situation für alle Teilnehmenden.

In den Tagen danach wurde ich etwas mehr in die Arbeit Helmut's eingebunden. Neben meiner Analyse der

politischen Debatten und Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments hatte ich z. B. die Aufgabe, den Entwurf einer Rede für eine von ihm moderierte Diskussionsrunde im Rahmen der ebenfalls von ihm initiierten »Post-Growth-Conference 2018« zu verfassen.

Nach der ersten Woche ziehe ich für mich ein positives Resümee. Die Kolleginnen und Kollegen sind aufgeschlossen und hilfsbereit, die Arbeit ist aufregend und fordernd; ein Termin jagt den nächsten: So ist für nächste Woche ein Treffen mit dem Handelsrat der chinesischen Delegation in Brüssel angesetzt – so darf es gern weiter gehen!

**Beste Grüße, euer Martin**

Wir trauern um

### **EHRENFRIED SCHENK**

Ehrenfried war ein kritischer Geist und solche Menschen blieben sich treu.

Von 1993–2008 war er Stadtverordneter, von 2008–2014 sachkundiger Einwohner für DIE LINKE.

Ehrenfried hat ein weites Stück Weg in der Kommunalpolitik zurück gelegt und Spuren in Jüterbog hinterlassen.

Wir werden den fröhlichen Genossen Ehrenfried nicht vergessen!

DIE LINKE. RV TF Süd



Wir trauern um unseren Genossen

### **JOSEF SAGNER**

Tief bewegt mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass unser langjähriges Mitglied und aktiver Mitgestalter eines vielfältigen Parteilebens im Alter von 86 Jahren verstorben ist.

Wir werden ihn als Kämpfer für eine gerechtere Welt in guter Erinnerung behalten.

DIE LINKE. Stadtverband Luckenwalde



Mit tiefer Trauer erfuhren wir vom Tod unseres Genossen

### **MANFRED JURA**

Er blieb seinen linken humanistischen Idealen treu, war als Lehrer, Dolmetscher und Hallensprecher der Luckenwalder Ringer sowie jahrelanger Gemeindevertreter für DIE LINKE. Nuthe-Urstromtal stets aktiv im Sinne unserer Partei.

Danke, Manfred!

Wir vermissen Dich.  
Du hinterlässt eine große Lücke.

DIE LINKE. Nuthe-Urstromtal

## **Leserbrief: Der Umgang mit Flüchtlingen: Einst umworben – nun abgeschoben**

Die Flüchtlingspolitik der BRD ist seit jeher auf die Bedürfnisse des eigenen Landes ausgerichtet. Sie ist prinzipiell inhuman und dient ausschließlich den eigenen Interessen. Sie ist ein Ausdruck der Unfähigkeit die Fehlentwicklungen (Bevölkerungsschwund, Arbeitskräftemangel, Bildungsmisere usw.) aus eigener Kraft zu bewältigen. Jährlich fehlen mehr als 200.000 Menschen zur Reproduktion ihres bürgerlichen Staates.

Vor 1949 sind diese Defizite vor allem mit Menschen aus der Sowjetischen Besatzungszone ausgeglichen worden. Ein höherer Lebensstandard, aber auch vielfältige politische Gründe, haben viele Menschen zur Flucht in den Westen veranlasst.

Nach der Gründung beider deutschen Staaten im Jahr 1949 haben zahlreiche DDR-Bürger ihr Land verlassen. Bis 1961 sind 2,7 Millionen Menschen aus der DDR geflohen, das waren 26 Prozent der Bevölkerung. Ein Exodus der DDR war durchaus beabsichtigt.

Am 13. August 1961 hat die DDR ihre Grenzen zu Westberlin und zur BRD gesichert.

Danach konnte die Grenze illegal nur noch mit krimineller Energie überwunden werden.

Die BRD hat sich daraus erhebliche politische und auch wirtschaftliche Vorteile verschafft.

Bei den Ärzten zum Beispiel: Die Ausbildung eines gut ausgebildeten Arztes hat mindestens 300.000 Mark gekostet. Im Westen angekommen, hat er Existenzgründerbeihilfen von mindestens 50.000 Mark erhalten, was einen Gewinn von 250.000 Mark ausmacht. Dass diese vielen Ärzten in der DDR gefehlt haben, hat die Regierenden in Bonn, die ansonsten sehr auf das Wohl ihrer »Schwestern und Brüder im Osten« bedacht waren, überhaupt nicht gestört.

Nach 1961 wurden die dringend notwendigen Arbeitskräfte vorwiegend aus Italien, später der Türkei und anderen westeuropäischen Ländern angeworben (Gastarbeiter genannt). Sie waren billiger und arbeitswilliger als deutsche Arbeiter, ihnen wurden sogar noch beachtliche Sozialleistungen zugestanden. Die Annahme, die würden

nach getaner Arbeit in ihr Land wieder zurückkehren, erwies sich als Irrtum. Jetzt äußern sich viele namhafte Politiker über deren Verbleiben abfällig und nennen sie »Deutsche mit Migrationshintergrund«. Gegenwärtig beträgt ihr Bevölkerungsanteil etwa 25 Prozent, mit stark steigender Tendenz. Nach 1989 änderte sich die Lage erneut. Die Defizite konnten nach der »Wende« aus den osteuropäischen Ländern gedeckt werden. Auch Arbeitskräfte aus Indien – meistens Informatikspezialisten – wurden angeworben. Diese fehlten dann in ihrem Heimatland.

Die Ausplünderung der afrikanischen Staaten und die Armut der dort lebenden Menschen sind eine wesentliche Ursache für ein erhebliches Ansteigen der Flüchtlingsströme.

Hinzu kommen die Kriegsflüchtlinge aus den Regionen, in denen westliche Staaten Kriege angezettelt haben – in Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen, Tunesien, dem Gazastreifen und verschiedenen Ländern in Afrika. Zunächst wurde ihre Aufnahme aus politischen Gründen geduldet, doch dann überschwemmte diese Welle die westeuropäischen Länder. Seit Mitte 2015 führt der Zustrom zu unhaltbaren menschlichen und inhumanen Zuständen.

All die Menschen, für die keine profitablen Verwendungsmöglichkeiten vorhanden sind (500.000 als Obergrenze genannt), werden nun völkerrechtswidrig abgeschoben. Gegenwärtig zeigt sich die EU in einem völlig zerstrittenen Zustand. Die reichsten Industrieländer BRD, Frankreich, Großbritannien und Österreich versuchen die Flüchtlingsströme abzublockieren. Grenzanlagen werden errichtet. Ungarn und Polen weigern sich demonstrativ, Flüchtlinge aufzunehmen.

Die Staaten, in denen die Flüchtlinge angekommen sind (Erstaufnahmestaaten) werden genötigt, diese sofort oder auch rückwirkend wieder zurückzunehmen.

Die Flüchtlinge, die über das Mittelmeer von der Nordküste Afrikas nach Europa wollen, werden an Schlepperbanden vermittelt, die immer krimineller agieren – in Seenot Geratene werden nur unzureichend versorgt und gerettet. Zynismus,

dass ihnen von westlichen Regierungen signalisiert wird, ihr seid hier nicht mehr willkommen. Von den Anliegerstaaten des Mittelmeeres wird die Aufnahme tagelang verweigert. Im Mittelmeer ertrinken immer mehr Flüchtlinge. Vor den Augen der freien Welt!

Libanon, Griechenland, Zypern, Italien, Spanien, Portugal, die Türkei – alle selbst in wirtschaftlichen Schwierigkeiten – müssen die Überlebenden aufnehmen.

In der BRD werden die Aufnahme- und Abschiebebedingungen verschärft. Selbst Abschiebungen in Kriegsländer, z. B. Afghanistan, sind tagtäglich mitzuverfolgen. Nicht nur Kriminelle werden abgeschoben, sondern auch so genannte Gefährder. Es werden Prämien für freiwillige Rückkehrer gezahlt.

Aus Spanien ist bekannt geworden, dass die dorthin Zurückgeführten unter menschenunwürdigen Zuständen in Obstplantagen und auf Gemüsefeldern arbeiten müssen, praktisch Sklaven sind. »Europas dreckige Ernte«, so heißt eine Fernsehdokumentation, hier lassen die reichen westeuropäischen Staaten Flüchtlinge für unser Wohl schuften. Und Musterknabe Deutschland bedient sich reichlich mit.

**Manfred Gustke**, Luckenwalde

**Linkes lesen Sie gerade, links denken Sie sowieso?**

**Sind Sie dann auch schon bei uns Mitglied? Jetzt eintreten – wir freuen uns auf Sie!**

Unsere Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite dieser Zeitung.

**Linksblick und Einblicke kostenlos online abonnieren?**

Dann bitte die Bestellung an: [redaktion@dielinke-teltow-flaeming.de](mailto:redaktion@dielinke-teltow-flaeming.de)

## L E S E E U L E



## Zukunftsfähiger Sozialismus

Vielfältige Krisenprozesse werden gegenwärtig von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen. Dies schlägt sich in Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten nieder. Viele Menschen sind der Meinung, dass der Kapitalismus die Probleme und Konflikte nicht lösen kann, aber zugleich sehen sie keinen Ausweg, keine Alternative. Könnte die Ausarbeitung einer realistischen Alternative für einen zukunftsfähigen Sozialismus dazu beitragen, die vorhandene Lücke zu schließen? Klaus Steinitz stellt sich in seinem Buch »Zukunftsfähiger Sozialismus im 21. Jahrhundert« dieser Problematik. Er begründet Herausforderungen an eine sozial-ökologisch nachhaltige gesellschaftliche Produktionsweise, die eine Alternative zum Kapitalismus darstellen könnte. Seine Vorstellungen von einem solchen zukunftsfähigen Sozialismus leitet er nicht aus abstrakten Modellen bzw. ewig geltenden Wahrheiten

ab. Er geht vielmehr davon aus, dass es sich beim Kapitalismus um ein dynamisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem handelt, das nicht schlechthin von heute auf morgen an seinen inneren Widersprüchen zugrunde geht. Der Weg zu einer menschlicheren, demokratischen, sozialen und solidarischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wird sich nur als eine langwierige Entwicklung über eine Vielzahl von kleineren und größeren Schritten eines transformatorischen Prozesses vollziehen.

Die vom Autor vorgenommene Charakterisierung eines zukunftsfähigen Sozialismus bezieht auch eine differenzierte Charakterisierung des untergegangenen Staatssozialismus ein. Gleich nach der Wende schien niemand mehr etwas vom Sozialismus hören zu wollen. Und auch heute bemühen sich Politiker und Medien tagtäglich darum, Sozialismus vor allem auf Diktatur, zentrale Planung, Bürokratie, Misswirtschaft, Umweltzerstörung zu reduzieren. Einer solchen undialektischen und bornierten Sichtweise stellt der

Autor seine Auffassung entgegen, dass es bei allen Mängeln und Unzulänglichkeiten auch Erfahrungen und Einsichten aus dem gescheiterten Staatssozialismus gibt, die in Konzepten eines modernen Sozialismusverständnisses Berücksichtigung finden sollten. Klaus Steinitz benennt Ergebnisse und oft auch widersprüchliche Erfahrungen auf einer Vielzahl von Gebieten, von der Herstellung sozialer Sicherheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, eines effektiven Bildungs- und Ausbildungssystems, über komplexe Planungsprozesse und eine effektive genossenschaftliche Landwirtschaft bis zu Fortschritten in der Verwirklichung der Gleichberechtigung der Geschlechter. Natürlich lässt sich einst Bewährtes nicht einfach auf die heutige Zeit übertragen, sondern muss den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung tragen.

Zur Charakterisierung der Herausforderungen an einen zukunftsfähigen Sozialismus des 21. Jahrhunderts widmet sich Klaus Steinitz Fragen der Entwicklung der Produktivkräfte, der Vergesellschaftung von Eigentum, der Herausbildung einer nachhaltigen Produktions- und Betriebsweise, der Demokratisierung, eines qualitativ neuen Systems der Regulierung der Wirtschaft bis hin zu gleichberechtigten und solidarischen internationalen Beziehungen. Dabei werden Anforderungen charakterisiert, die sich aus den neuen Entwicklungsprozessen ergeben. Forderungen nach grundlegender Umverteilung des Reichtums und Beschränkung der Macht des großen Kapitals treffen heutzutage den Nerv vieler Menschen. Insbesondere

bei einem Teil der Jugend scheint Sozialismus wieder »in« zu sein. Die vorliegende Schrift enthält wertvolle Überlegungen und Argumente, um sich intensiver mit Vorstellungen über einen modernen, zukunftsfähigen Sozialismus zu beschäftigen und für seine Realisierung zu streiten.

**Dr. Bernd Ihme**, Berlin

### Der Autor:

Klaus Steinitz, Jahrgang 1932, Wirtschaftswissenschaftler, in der DDR in Lehre und Forschung und in der Staatlichen Plankommission tätig, in den 1980er Jahren war er Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR, von 1990 bis 1993 im Parteivorstand der PDS für den Bereich Wirtschafts- und Sozialpolitik verantwortlich und seit Bildung der AG Wirtschaftspolitik der PDS bis 2003 ihr Sprecher. Er ist Mitglied der Leibniz-Sozietät und der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. 2007 erschien von ihm »Das Scheitern des Realsozialismus«, 2016 (gemeinsam



mit Joachim Bischoff) die Flugschrift »Götterdämmerung des Kapitalismus?«

*Klaus Steinitz:*  
**Zukunftsfähiger Sozialismus im 21. Jahrhundert.** Herausforderungen an eine sozial-ökologisch nachhaltige gesellschaftliche Produktionsweise.  
VSA Hamburg, 95 S., 9,80 Euro

## Zu Hause bei Anna Seghers

Seit meiner Studienzeit in den 1950er Jahren gehört Anna Seghers zu meinen Lieblingsschriftstellern, besonders »Das siebte Kreuz«, »Die Toten bleiben jung« und einige Novellen habe ich mehrmals gelesen. Beeindruckt hat mich auch ihre Sprache: klar, manchmal hart, auch zart und einfühlsam, aber immer eindeutig. Ich besitze auch ein kleines Novellenbändchen mit ihrer persönlichen Unterschrift vom 1. Mai 1953, gekauft auf dem damals jährlich stattfindenden Buchbasar der Schriftsteller auf dem Berliner Alexanderplatz. Ich freute mich besonders darüber,

dass wir »Bücherfreunde Mellensee« die Anna-Seghers-Gedenkstätte in Berlin-Adlershof besuchten. Frau Dr. Monika Melchert begrüßte uns und führte uns sehr sachkundig durch die langjährige Wohnung der Familie Seghers, die von der Akademie der Künste zu einer Gedenkstätte gestaltet worden war. So gingen wir durch die originalgetreu erhaltene Wohnung (Anna Seghers wohnte hier ca. 30 Jahre bis zu ihrem Tode 1983), bewunderten die gemütliche und praktische Einrichtung und – die Wände voller Bücher, Bücher und nochmals Bücher. Ihre Werke, übersetzt in fast alle

Sprachen der Welt, nehmen viel Platz ein. Wir fanden und bewunderten auch Bücher aus vielen anderen Bereichen, so deutsche und internationale Klassik, Kunst und Religionen, Weltliteratur, und entdeckten manches, was auch in unserem heimischen Bücherschrank steht.

Dann sahen wir einen einstündigen Dokumentarfilm über ihr Leben und Wirken – hörten auch ihre Sprache im Original. Er zeigte uns ihr abwechslungsreiches und hartes Leben, ihre große nationale und internationale Tätigkeit für Frieden und Völkerfreundschaft. Als Gründungsmitglied der Deutschen Akademie der Künste (1950) und als Präsidentin des Schriftstellerverbandes

des der DDR (1952 bis 1978) sowie im Weltfriedensrat wirkte sie getreu ihrer Aussage bei der Rückkehr aus dem mexikanischen Exil 1947: »... ich bin eine deutsche Schriftstellerin, und in meiner Muttersprache kann ich am besten helfen, etwas Besseres aus dem Schutt zu machen.« Dieses Versprechen hat sie in Ehren erfüllt.

Beeindruckt und nachdenklich beendeten wir unseren Besuch. Ich denke, er hat manchem aus unserer Runde den Blick geöffnet und geweitet für eine große Persönlichkeit und ihr Wirken für das Wichtigste – den Frieden zwischen den Völkern der Welt.

**Christa Zernick**, Am Mellensee



## Denk ich an Europa in der Nacht ...

... bin ich um den Schlaf gebracht? Zumindest ist das nicht ausgeschlossen, wenn man sich damit beschäftigt, wohin Europa sich gerade politisch entwickelt. Der Aufstieg des Rechtspopulismus hat viele europäische Länder fest im Griff und es zeigt sich, dass kaum ein Land davor gefeit ist.

In Italien werden Roma durch die Regierung aus rechtsradikaler Lega und Fünf-Sterne-Bewegung systematisch verfolgt. In Polen hat die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) die Unabhängigkeit der Justiz untergraben. Die Regierung kann nun Richter entlassen und durch eigene Parteianhänger ersetzen. Und in Ungarn hat die Koalition aus Fidesz-Partei und christdemokratischer Volkspartei die Grundfeiler der Demokratie geschleift: das Wahlrecht, die akademische Freiheit und auch das Versammlungsrecht wurden systematisch beschränkt. In Österreich wird die Mindestsicherung vor allem für Familien und Migranten gekürzt. In Dänemark werden soziale Errungenschaften zurückgenommen und die Umweltstandards aufgeweicht. Und nach Finnland und Norwegen, wo Rechtspopulisten bereits in der Regierung sitzen, ist mit dem Erstarken der von Neonazis gegründeten Schwedendemokraten auch Schweden vom Rechtstrend betroffen.

Auch vor Deutschland macht diese Entwicklung nicht Halt. Der Aufstieg

der AfD scheint kein Ende zu nehmen und deren Positionen haben sich bis tief in das konservative Lager gefressen. Gleichzeitig ist – wie in anderen europäischen Ländern auch – in Deutschland ein Verfall der Sozialdemokratie zu beobachten, von dem die Parteien links der Sozialdemokratie nicht profitieren können. Wo aber liegen die Ursachen für den Aufstieg des Rechtspopulismus?

In vielen Ländern ist über Jahre der Wohlfahrtsstaat geschliffen worden, wurden soziale Errungenschaften abgebaut, konnte Arbeitslosigkeit nicht verhindert werden und ist die Schere zwischen Arm und Reich weiter aufgegangen. Soziale Probleme haben sich über Jahre aufgebaut und wurden durch neoliberale Politikkonzepte befördert. Armut, Arbeitslosigkeit und Ängste in der Bevölkerung vor sozialem Abstieg wurden ignoriert, während Profitinteressen von Banken und Konzernen Vorrang hatten. Die Vorgänge um die Bankenrettungen, wo selbst in Zeiten knapper Kassen Milliarden zur Verfügung gestellt wurden, um das Bankensystem zu stabilisieren, und gleichzeitig der Bevölkerung der betroffenen Länder unzumutbare Härten durch Sozialleistungs- und Rentenkürzungen aufgebürdet wurden, haben das Vertrauen in die Europäische Union und die nationalen Regierungen nachhaltig erschüttert. Hinzu kam: Die zunehmende Komplexität der militärischen Konflikte

in der Welt haben ein Gefühl der Unsicherheit und des nicht mehr Verstehens, was nach dem Wegfall der Blockkonfrontation auf dieser Welt eigentlich los ist, hervorgebracht. Kriege und Auseinandersetzungen sind durch soziale Medien und mediale Berichterstattung viel »näher« als früher und werden deshalb stärker wahrgenommen.

Zu diesen beiden Entwicklungen, also sozialen Verwerfungen und der Angst vor kriegerischen Auseinandersetzungen, kam eine dritte Entwicklung: die zunehmende Migrationsbewegung nach Europa. Waren erstere der Nährboden für Rechtspopulismus, waren die Geflüchteten, die nach Europa kamen, der Katalysator. Bestehende soziale Problemlagen wurden sichtbarer und erfahrbarer, Kämpfe um Arbeitsplätze vor allem im Niedriglohnssektor wurden härter und Ängste vor sozialem Abstieg verstärkt. Und auch die militärischen Auseinandersetzungen und Kriege traten stärker ins Bewusstsein, ebenso wie deren Komplexität und Unübersichtlichkeit.

Gleichzeitig hatten Rechtspopulisten nun ein erfahrbares und verständliches Angriffsziel. Es war ein leichtes, die in der Bevölkerung verankerten Unsicherheitsgefühle zu nutzen und Migration zum Fokus der Auseinandersetzung und zum alles überdeckenden Thema zu machen. Der Aufstieg des Rechtspopulismus wurde auch durch demokratische politi-

sche Kräfte befördert, die glaubten, den Rechtspopulismus zu stoppen, wenn sie die Positionen übernehmen und sich selbst zu eigen machen. Dass diese Strategie scheitert und im Gegenteil den Rechtspopulismus stärkt, sollte inzwischen klar sein. Dennoch können wir genau das aktuell im Handeln der CDU/CSU und hier vor allem bei Heimat-Horst Seehofer beobachten.

Was aber tun, um Rechtspopulismus zurück zu drängen? Meine feste Überzeugung ist, dass dies nur gelingen wird, wenn die sozialen Verwerfungen eingedämmt und die Kriegslogik durchbrochen wird. Deshalb ist eine linke Politik, die auf friedliche Konfliktbearbeitung in der Außenpolitik und konsequentes Eintreten für den Sozialstaat für alle zielt, die richtige Antwort. Dazu gehört, Humanität zu verteidigen. Migration ist nicht das Problem, das Problem ist die Politik des Westens, die Ausplünderung der Welt durch internationale Konzerne, Kriege und Umweltverschmutzung. Deshalb ist es unsere Aufgabe als LINKE in Deutschland und als europäische Linke, nicht den gleichen Fehler zu machen wie das bürgerliche Lager und den Rechtspopulisten hinterherzulaufen, sondern konsequent für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Menschen einzutreten.

**Andrea Johlige**, flucht- und asylpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Brandenburger Landtag

### Heißer Sommer und kein Regen

Nicht alle Bundesländer hatten in den vergangenen Monaten das Glück, mit Regen erfrischt zu werden. Seit April herrschten in unserem und angrenzenden Landkreisen Hitze und Trockenheit. Das führte fast täglich zu kleineren und größeren Bränden, die vor allem in vom 2. Weltkrieg munitionsbelasteten Wäldern wüteten. Dazu kamen vermutliche Brandstiftungen, vorsätzlich oder aus Leichtsinn. Das waren große Herausforderungen für Berufs- und freiwillige Feuerwehren, THW, medizinisches Personal, freiwillige Helferinnen und Helfer aus der Bevölkerung, nicht zu vergessen die Evakuierung besonders bedrohter Orte, wie Frohnsdorf, Klausdorf und Tiefenbrunnen.



Die kilometerweit sichtbare Rauchsäule des großen Waldbrandes bei Treuenbrietzen war u. a. sogar in Berlin zu riechen.

Leider wurde die Bedeutung dieser Kräfte erst durch die großen Brände von vielen politisch Verantwortlichen wahrgenommen. Neben herkömmlicher Löschtechnik kamen auch Löschhubschrauber der Bundeswehr und Löschanzüge zum Einsatz. Seit Jahren kämpfen Großgemeinden um einen finanziellen Flächenschlüssel für die Zuweisungen vom Land. Zurzeit richtet er sich nach den Einwohnerzahlen. Auch der vorbeugen-

de Brandschutz hat noch Reserven. Ein Netz aus breiten Schutzstreifen und befahrbaren Wegen in munitionsbelasteten Wäldern wäre eine von vielen Sicherheitsmaßnahmen. Die Beschilderung der ehemaligen Truppenübungsplätze müsste erneuert werden. Die Umwandlung von reinen Kiefern- in Mischwälder wäre eine langfristige Maßnahme. In den Wäldern werden dringend weitere Wasserentnahmestellen ge-

braucht, um weite Anfahrtswege für Tankfahrzeuge zu vermeiden. Auch eine Verbesserung der Funkkommunikation ist nötig. Zur Prävention gehört auch, das Kartenmaterial ständig zu aktualisieren und auch die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren nach neuestem Standard auszubilden. Das sind riesige Aufgaben für Landes- und Kommunalpolitikerinnen und -politiker, die der Sommer 2018 verdeutlicht hat. Auf diesem Wege spricht auch der Kreisverband Teltow-Fläming der Partei DIE LINKE Dank und Anerkennung an alle Einsatzkräfte sowie Helferinnen und Helfer aus. Wir unterstützen die Realisierung der oben genannten präventiven Maßnahmen für den Brand- und Katastrophenschutz.

**Kreisvorstand DIE LINKE. TF**

# Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und ihre Bildungsarbeit

Vor der parlamentarischen Sommerpause, genau am 30.6. fand in Potsdam die Jahresmitgliederversammlung der brandenburgischen Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) statt, um die satzungsgemäße Vorstandswahl durchzuführen und über die künftige Arbeit zu beraten. Das war der Pflichtteil und sehr wichtig. Als Kür hatten wir Frau Prof. Dr. Annelies Laschitzka, die bekannte Rosa-Luxemburg-Forscherin zu Gast mit einem Vortrag zu »Erfahrungen und Entdeckungen in 50 Jahren Rosa Luxemburg Forschung«. Das war sehr spannend, denn sie schöpfte aus ihrem reichen Erkenntnisfundus über Rosa Luxemburg und verriet uns viele Details von Begegnungen mit unterschiedlichsten Menschen, die sich mit Rosa Luxemburg auf die eine oder andere Weise befasst hatten. Darunter war auch die Filmemacherin Margarethe von Trotta und ihr Film über Rosa Luxemburg (1986). Zurück zum Pflichtteil: Was wollen wir in und mit der RLS an bildungspolitischer Arbeit anbieten, mit wem wollen wir stärker zusammenarbeiten und wen wollen wir neu als PartnerIn gewinnen?

Ein Schwerpunkt der RLS wird sein, das politische Wirken von Karl Lieb-

necht, der bei der Reichstagswahl 1912 den »Kaiserwahlkreis« Potsdam gewonnen hatte, im Jahr 2019, 100 Jahre nach der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Die RLS konnte ein positives Resümee des vergangenen Jahres mit vielen interessanten und erfolgreichen Veranstaltungen ziehen. Erfreulich ist, dass es einige Neueintritte und rege Besuche insbesondere von Veranstaltungen zum 200. Geburtstag von Karl Marx besonders von jüngeren Menschen zu verzeichnen gibt. Zur zunehmenden Bedeutung von politischer Bildungs- und Informationsarbeit der RLS und zur Notwendigkeit von Bildungsangeboten auch in ländlichen Regionen wurde heftig diskutiert und der neue Vorstand mit Aufgaben dazu betraut. Kritisch angemerkt wurde die oftmals rare Teilnahme an den Veranstaltungen durch VertreterInnen der Landespolitik der LINKEN. Das muss wieder besser werden. Denn wir, Landtagsfraktion, Landesvorstand und RLS sollten enge Kooperationspartner sein und unsere guten Erfahrungen wieder aufgreifen und fortführen. Ich bin gern bereit als Mitglied der RLS auch in Teltow-Fläming Ver-

anstaltungen durchzuführen, z. B. zu Themen wie: soziale Wohnungs- und Mietpolitik und Gemeinnützigkeit, zur nachhaltigen Stadtentwicklung, zur Mobilität, auch im ländlichen Raum, zum Klimaschutz und zur Enkeltauglichkeit ...

Sodann galt es noch einen neuen Vorstand zu wählen. Gewählt wurden: Steffen Kludt (Vorsitzender), Marlen Block (stellv. Vorsitzende), als weitere Vorstandsmitglieder Selim Akarsu, Raimund Krämer und Lothar Schröter sowie Detlef Jansen (Schatzmeister) Einen herzlichen Glückwunsch an die gewählten VertreterInnen und ein großes Dankeschön an die amtierende Geschäftsführerin Cathleen Bürgelt und an Veronika Blank für ihre konstruktive und zuverlässige Arbeit in und für die Stiftung.

Fazit: Es waren sich alle einig darin, dass wir eine Bildungsarbeit in neuer Qualität und die enge Kooperation mit dem Landesvorstand, der Landtagsfraktion und in der regionalen Untersetzung brauchen.

Herzliche Herbstgrüße von **Anita Tack**, MdL, Mitglied der RLS

## Egon Krenz zu Gast auf Einladung des Deutsch-Chinesischen Freundschaftsverein e. V. Ludwigsfelde

Am 21.9.2018 konnten die Teilnehmer im Kinosaal unseres Klubhauses in Ludwigsfelde einen sehr interessanten Vortrag von Egon Krenz und eine Lesung aus seinem Buch »China Wie ich es sehe« über die fast 70-jährige Geschichte und aktuelle Situation in der sozialistischen Volksrepublik China miterleben. Das Interesse war sehr groß. Alle Sitzplätze waren belegt.

Seit der Gründung der Volksrepublik am 1.10.1949 ist es dem Volk mit einer 5.000-jährigen Geschichte unter Führung der Kommunistischen Partei gelungen, aus einem armen, rückständigen, von Krieg und Feudalismus geprägten Vielvölkerstaat, ohne Industrie und moderner Landwirtschaft, dem drittgrößten Land der Erde mit aktuell 1,3 Mrd. Einwohnern, die größte Industrienation der Welt mit einem BIP von ca. 19.300

Mrd. USD (2016) (Vergleich BRD: Platz 5 mit ca. 3.840 Mrd. USD) und zum Exportweltmeister zu entwickeln. Die USA ist in der VR China mit 1,15 Billionen USD verschuldet. Der Gewinn der Betriebe kommt im Wesentlichen dem Volk zugute. In wenigen Jahren wurden Millionen neuer Wohnungen, neue Städte mit Sozialeinrichtungen und modernste Industrieanlagen für die Werktätigen errichtet. In Peking eröffnet 2019 der größte Flughafen der Welt, nach nur vier Jahren Bauzeit!

Hegel, ein Philosoph, der auch von den neoliberalen Kräften in der BRD sehr geschätzt wird, könnte vielleicht, in Anbetracht der aktuellen Entwicklung in Europa, mit folgender Aussage Recht behalten: »Die Weltgeschichte geht nicht von Osten nach Westen, denn Europa ist schlechthin das Ende der Weltgeschichte. Asien

ist der Anfang«. Wir wünschen in diesem Sinne den Völkern der VR China beim weiteren erfolgreichen Aufbau des Sozialismus zum Wohle der Bürger, als Gegenpol zum Kapitalismus, weiterhin viel Erfolg.

**Bert Semmler**, Ludwigsfelde

**Politik von links lesen Sie schon – warum nicht auch mitgestalten?**

**Wir suchen zur Kommunalwahl 2019 Kandidatinnen und Kandidaten, die sich für ihre Kommune mit links einbringen wollen. Interesse?**

Unsere Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite dieser Zeitung.

## DABEI SEIN:

### TERMINE UND AKTIONEN

**Dr. Jürgen Neffe:**

»Marx. Der Unvollendete«

23.10., 19 Uhr, Sitzungssaal der Gemeinde, Am Mellensee, Zossener Str. 23 c

**Seniorenveranstaltung**

»Fit halten im Alter«

25.10., 14 Uhr

Kietztreff, Luckenwalde, Burg 22 d

**Roter Treff mit Anja Mayer,**

**Landesvorsitzende**

26.10., 16 Uhr

Bürgerbüro Jüterbog, Große Str. 62

**Linkstreff, zu Gast: Seniorenbeiräte**

**Trebbin, Großbeeren, Ludwigsfelde**

6.11., 10 Uhr, Bürgerbüro Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17

**Versammlung Ortsverband**

**Blankenfelde-Mahlow**

7.11., 19 Uhr

Dahlewitz, Bürgerhaus »Bruno Taut«

**Regionalvorstand TF Süd**

8.11., 18.30 Uhr

Bürgerbüro Jüterbog, Große Str. 62

**Mitgliederversammlung zur Wahl des**

**Direktkandidaten der LINKEN im WK**

**23 für die Landtagswahl 2019**

10.11., 9.30 Uhr

14959 Trebbin, Nöhringwinkel 42

**Mitgliederversammlung zur Wahl**

**des Direktkandidaten der LINKEN im**

**WK 24 für die Landtagswahl 2019**

10.11., Einlass 10.30 Uhr,

Beginn 11 Uhr, 14913 Jüterbog,

Kulturquartier, Mönchenstr.

**Mitgliederversammlung zur Wahl des**

**Direktkandidaten der LINKEN im WK**

**25 für die Landtagswahl 2019**

10.11., 9.30 Uhr, 15806 Zossen, OT

Waldstadt, Gutenbergstr. 5

**Beratung Redaktion Linksblick**

14.11., 17.30 Uhr

Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

**Beratung Kreisvorstand**

14.11., 19 Uhr

Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

**Beratung Vorstand Regionalverb. TGL**

22.11., 18 Uhr, Bürgerbüro Ludwigsfelde,

A.-Tanneur-Str. 17

**Beratung BO-Vorsitzende Altkreis**

**Zossen und Trebbin**

26.11., 18 Uhr, Bürgerbüro Ludwigsfelde,

A.-Tanneur-Str. 17

**Linkstreff, Jahresabschluss**

6.12., 18 Uhr, Bürgerbüro Ludwigsfelde,

A.-Tanneur-Str. 17

**Gemeinsame Beratung von Kreis-**

**vorstand und Kreistagsfraktion**

8.12., 9.30 Uhr

Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

**Gesamtmitgliederversammlung**

**zum Beschluss des Wahlprogram-**

**mes und Wahl der Kandidaten für**

**die Kreistagswahl 2019**

15.12., 9.30 Uhr, Luckenwalde, Kreishaus



## DIE LINKE. Teltow-Fläming VOR ORT UND IM NETZ:

### Geschäftsstellen und Bürgerbüros

14943 Luckenwalde  
Zinnaer Straße 36  
Telefon: 03371 632267  
Telefax: 03371 636936  
E-Mail: info@dielinke-  
teltow-flaeming.de  
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog  
Große Straße 62  
Telefon: 03372 432691  
Telefax: 03372 443033  
E-Mail: tf.sued@dielinke-  
teltow-flaeming.de  
dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde  
Albert-Tanneur-Straße 17  
Telefon: 03378 510653  
Telefax: 03378 510654  
E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-  
teltow-flaeming.de  
dielinke-ludwigsfelde.de

facebook.com/dielinke.tf

Auch interessant:  
dielinke-rangsdorf.de

dielinke-zossen.de  
facebook.com/  
DIE.LINKE.ZOSSEN

dielinke-blankenfelde-mahlow.de

**Leserbriefe  
und Zuschriften  
sind ausdrücklich  
erwünscht.**

**Nächste Ausgabe:**  
**15. Dezember 2018**  
Redaktionsschluss:  
3. Dezember 2018

### Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.  
Kreisverband Teltow-Fläming  
V.i.S.d.P.: Felix Thier  
vorsitz@dielinke-teltow-flaeming.de  
Redaktion: Felix Thier  
redaktion@dielinke-teltow-flaeming.de  
Redaktionsschluss: 1. Oktober 2018  
Layout und Druck: MediaService GmbH  
Druck und Kommunikation  
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,  
100% Recycling  
Auflage: 2.000, Oktober 2018  
Veröffentlichte Beiträge müssen  
nicht in jedem Fall mit der Meinung  
des Herausgebers übereinstimmen.

## Vorgestellt: Susanna Karawanskij



Mit dem Rücktritt Diana Golzes vom Amt der Brandenburger Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (MASGF) galt es für unsere Partei, dieses Ressort neu zu besetzen. Seit dem 19. September wirkt nun Susanna Karawanskij für DIE LINKE an dieser verantwortungsvollen Stelle.

Susanna Karawanskij ist Jahrgang 1980 und wurde in Leipzig geboren. Sie ist verheiratet und Mutter einer Tochter. Nach ihrem erfolgreichen Magister-Studium der Kulturwissenschaften und Politikwissenschaft

an der Universität Leipzig wirkte sie hier von 2006 bis 2009 als Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig in verschiedenen Forschungsprojekten. Mitglied unserer Partei ist Genossin Karawanskij seit dem Jahr 2008, politisch beheimatet ist sie im Kreisverband Nordsachsen und auch im sächsischen Landesvorstand war sie bereits viele Jahre Mitglied.

Von 2009 bis 2013 war Susanna Karawanskij als Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro der Europaabgeordneten Dr. Cornelia Ernst tätig, ab 2013 war Genossin Karawanskij dann vier Jahre lang Mitglied des Deutschen Bundestages und in der dortigen Fraktion der LINKEN Sprecherin für Kommunalfinzen sowie Ostbeauftragte.

Susanna Karawanskij ist bei Verdi Gewerkschaftsmitglied, Vorstandsmitglied der Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen und ebenso im Vorstand im Kommunalpolitischen Forum Sachsen.

Wir wünschen Susanna Karawanskij für die verbleibende Zeit bis zur

Landtagswahl am 1. September 2019 viel Erfolg, Kraft und Durchhaltevermögen bei den anstehenden Aufgaben in ihrem Haus. Wir sichern ihr natürlich des Weiteren unsere Solidarität zu.

An dieser Stelle gilt es auch, Worte des Dankes auszusprechen. Liebe Diana Golze, du hast für das soziale Gesicht der Brandenburger LINKEN über viele Jahre einen sehr wichtigen Beitrag geleistet, hast in der Bundespolitik als Bundestagsabgeordnete und als Landesministerin Brandenburgs für unsere Partei Verantwortung übernommen und Spuren hinterlassen. Es war nicht immer alles leicht, es gab Höhen und Tiefen. Als Kämpferin bist du immer gestärkt aus allem hervorgegangen. Wir, DIE LINKE. Teltow-Fläming, wünschen dir für deine Zukunft alles erdenklich Gute, Gesundheit, Kraft und Standhaftigkeit. Du wirst in den Teltow-Flämingen Genossinnen und Genossen immer solidarische Mitstreiterinnen und Mitstreiter haben. Passe auf dich auf!

**Felix Thier**, Kreisvorsitzender

## 2. FamilienFriedensFest am Backofen in Sperenberg



Wie war das noch gleich mit Traditionen? Sie müssen irgendwann ihren Anfang nehmen und kontinuierlich fortgeführt werden. Nun gut, es war erst das zweite Fest dieser Art, aber immerhin gab es den einen oder anderen Besucher, der sich an das letzte Jahr lebhaft erinnerte.

Um Anreize bieten zu können erscheint es sinnvoll, dem Vorjahr immer ein kleines Highlight hinzuzufügen. Leider sind unsere personellen Kapazitäten begrenzt, so dass Auswege gefunden werden mussten. Zu den Bemühungen um mehr Attraktivität kamen noch allgemeine Einschätzungen unserer GemeindebewohnerInnen zum Vorschein, die von einer Entfremdung innerhalb unseres »Großdorfes« sprachen. Man mache nicht mehr wirklich etwas gemeinsam, kenne ja kaum noch den Nachbarn.

Das war die Geburtsstunde der Aktionsgemeinschaft »Leben in und im Frieden« (**leben-in-und-im-frieden.de**). Über dieses Bündnis ist es gelungen, die Bücherfreunde Am Mellensee, die Ortsgruppen der SPD und der UWG und zwei Einwohnerinnen unabhängig von jeder der aufgeführten Organisationen zum Mitmachen zu gewinnen. Letztere boten Bewegungsspiele für Groß und Klein und Ponyreiten an.

Als dann auch noch Silvio Pape direkt von der Gesamtmitgliederversammlung in Luckenwalde mit riesigen belegte-Brote-Platten zur Eröffnung erschien, konnte das Fest nur noch ein Erfolg werden. Insgesamt wurden über die Dauer von drei Stunden verteilt ca. 50 BesucherInnen gesichtet, welche sich intensiv an Diskussionen über

Krieg und Frieden, Politik und Politikverdrossenheit, Flüchtlinge und AfD und kommunalpolitischen Entscheidungen beteiligten. Auf diesem Wege sammelten wir ca. 30 Unterschriften für die weltweite Abschaffung von Kernwaffen und informierten über die Organisation »Major for Peace« und die auf **www.abruesten.jetzt** laufende Aktion gegen die nahezu Verdoppelung des Rüstungsetats durch die Bundesregierung.

Die hervorragende Versorgung unserer Gäste verdanken wir den fleißigen Kuchenbäckern, Kaffeekochern, Grillmeistern und Einkäufern, denen an dieser Stelle nochmals ein großes Dankeschön ausgesprochen wird.

Leider sichteten wir nur wenige Kinder auf dem FamilienFriedensFest, so dass auch das Vortragen von Friedensgeschichten sehr kurz kam. Aber: Wir geben nicht auf. Auch am 1. September 2019 wird es das FamilienFriedensFest in unserer Gemeinde mit uns als (Mit-)Initiatoren geben.

**Judith Kruppa**, Am Mellensee